

354/AE

der Abgeordneten Anschober, Langthaler, Freundinnen und Freunde

betreffend Umsetzungen einer österreichischen Anti-Temelin-Offensive

Die Ereignisse rund um die Einwendungsfrist gegen die Vergabe der Kreditgarantie der amerikanischen staatlichen Export-Import-Bank für den Weiterbau des Kernkraftwerkes Temelin in Tschechien zeigen, daß im Anlaßfall eine konstruktive, gesamtösterreichische Vorgangsweise entwickelt und umgesetzt werden kann. Um so dringlicher scheint es, daß für die verbleibenden 3 bis 4 Jahre bis zur voraussichtlichen Fertigstellung des Risikoreaktors eine umfassende Strategie unter Berücksichtigung aller gegebenen Möglichkeiten zur Entwicklung einer nichtnuklearen Energieversorgung in unserem Nachbarland fixiert wird und kontinuierlich zur Anwendung kommt.

Denn die Projektbetreiber kämpfen mit wachsenden Schwierigkeiten. So explodierten die Baukosten von ursprünglich 26 auf mittlerweile "mindestens 77 Milliarden Kronen", der geplante (inbetriebnahmetermine) wurde offiziell in den letzten 24 Monaten um viereinhalb Jahre nach hinten verschoben. Sogar seitens der verantwortlichen Energiegesellschaft CEZ und der Atombehörde SUJB wird attestiert, daß die Probleme mit dem Ost-West-Technikmix massiv unterschätzt wurden, daß keine Funktionsgarantie abgegeben werden kann, daß grobe bauliche und technische Mängel auftreten, in wesentlichen Bereichen das Personal unqualifiziert ist und die Qualitätskontrollen versagt haben. Im Zusammenhang mit den immer lauter werdenden Korruptionsvorwürfen im Rahmen der Auftragsvergabe an das US-Unternehmen Westinghouse untersucht die tschechische Kriminalpolizei, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß dürfte folgen.

Obwohl auch offiziell bestätigt wird, daß der Reaktor grundsätzlich umgeplant wird, also die Baugenehmigung aus 1986 gegenstandslos ist, wird bis dato kein Neugenehmigungsverfahren samt UVP, Wirtschaftlichkeits- bzw. Sicherheitsanalyse und Bürgerbeteiligung zugelassen. Auch dagegen formiert sich in Tschechien aber auch international verstärkt öffentlicher Widerstand, der erstmals auch rechtliche Schritte umfaßt. Neu sind auch die Mehrheitsverhältnisse im tschechischen Parlament, die ein gewisses Potential an Kompromißbereitschaft vermuten lassen, ebenso wurde erst im November 1996 von offizieller Seite die Errichtung von Gas-Dampfkraftwerken als reale Option für eine zukünftige tschechische Energieversorgung in Diskussion gebracht. Insgesamt handelt es sich derzeit um Rahmenbedingungen, die eine kooperative österreichische Handlungsoffensive erlauben und erfordern, wobei auch auf die Neuverhandlung der umfangreichen Parlamentsbeschlüsse aus dem Jahr 1995 verwiesen sei, die allerdings primär die Situation in der slowakischen Republik zum Anlaß bzw. Inhalt hatten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die österreichische Bundesregierung soll ihre Bemühungen im Sinne der Politik für ein kernenergiefreies Mitteleuropa intensivieren, um damit das Risiko speziell durch das grenznahe tschechische Kernkraftwerk Temelin zu minimieren und gleichzeitig einen Schritt in Richtung einer nachhaltigen Energiewirtschaft setzen, insbesondere:

a) wird die Bundesregierung ersucht, die bilaterale tschechisch-österreichische Expertenkommission zu reaktivieren, um die aktuell eröffnete Diskussion um die Errichtung von Gas-Dampfkraftwerken in Tschechien auch hinsichtlich einer möglichen Substitution des KKW Temelin auszurichten.

- b) wird die Bundesregierung ersucht, begleitend in der Europäischen Investitionsbank (EIB), in der Europäischen Bank für Entwicklung und Wiederaufbau (EBRD) und in anderen internationalen Finanzierungsinstitutionen verstärkt darauf hinzuwirken, daß in den mittel- und osteuropäischen Staaten Alternativprojekte zur Atomenergie unterstützt und gefördert werden, und unter Einbeziehung von Regierungen und Unternehmungen in Mittel- und Osteuropa in internationalen Finanzierungsprogrammen und -Institutionen Kofinanzierungsangebote für Projekte zu unterbreiten; insbesondere möge die Bundesregierung der Tschechischen Republik erneut Alternativen zur Fertigstellung des Kernkraftwerkes Temelin unterbreiten.
- c) wird die Bundesregierung ersucht, im engen Kontakt mit den ebenfalls zur Kernenergienutzung kritisch eingestellten Staaten und Tschechien die Erarbeitung eines multilateralen Konzeptes für eine nicht nukleare Alternative zum Kernkraftwerk Temelin zu initiieren.
- d) wird die Bundesregierung ersucht, innerhalb der EU auf die Schaffung von Finanzierungsinstrumenten für nicht nukleare Alternativen hinzuwirken, welche auch der Republik Tschechien zugänglich gemacht werden können.
- e) wird die Bundesregierung ersucht, begleitende Aktivitäten dahingehend zu setzen, daß es aufgrund der wesentlichen Änderungen am Kernkraftwerk Temelin, die in der Baugenehmigung 1986 keine Berücksichtigung finden konnten, möglichst zu einem Neugenehmigungsverfahren samt Umweltverträglichkeitsprüfung, Sicherheits- bzw. Wirtschaftlichkeitsanalyse und einem öffentlichen auch nachbarschaftlichen Bürgerbeteiligungsverfahren kommt.
- f) wird die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Umwelt ersucht, die projektgebundene Förderung der österreichischen Anti-Atom-Initiativen analog zum Mitgliedsbeitrag Österreichs zur (AEO) auf jährlich 25 Millionen Schilling aufzustocken, um speziell deren rechtliche Schritte gegen das KKW Temelin auf Basis der gesetzlichen tschechischen Bestimmungen die entsprechende Aktivitäten erlauben, zu unterstützen.